

N i e d e r s c h r i f t

**der 14. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Hauptausschusses am 18.11.2015**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal,
Marktplatz 2,
06108 Halle (Saale)

Zeit: 16:01 Uhr bis 17:25 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend waren:

Dr. Bernd Wiegand	Oberbürgermeister	
Dr. Annegret Bergner	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	ab 16:04 Uhr
Andreas Scholtyssek	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Ute Haupt	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat	Vertreterin f. Hr. Lange
Dr. Bodo Meerheim	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat	
Elisabeth Nagel	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat	
Katharina Hintz	SPD-Fraktion	
Johannes Krause	SPD-Fraktion	
Dr. Inés Brock	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Tom Wolter	Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM	

Verwaltung

Egbert Geier	Bürgermeister
Uwe Stäglin	Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt
Dr. Judith Marquardt	Beigeordnete für Kultur und Sport
Sabine Ernst	Leiterin Büro des Oberbürgermeisters
Oliver Paulsen	Referent für Grundsatzangelegenheiten
Marco Schreyer	Leiter Fachbereich Recht
Katharina Brederlow	Leiterin Fachbereich Bildung
Maik Stehle	Protokollführer

Gäste

Dr. med. Hendrik Liedtke	Chefarzt Krankenhaus St. Elisabeth und St. Barbara
Christiane Bergmann	Polizeipräsidentin PD LSA Süd
Ina Tiedemann	Malteser Hilfsdienst e.V.
Anke Brumm	Malteser Hilfsdienst e.V.

Entschuldigt fehlten:

Bernhard Bönisch	CDU/FDP-Stadtratsfraktion
Hendrik Lange	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat

zu Einwohnerfragestunde

Es lagen keine Einwohnerfragen vor.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die 14. öffentliche Sitzung des Hauptausschusses wurde von **Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand** eröffnet und geleitet.

Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand bat darum, folgende Tagesordnungspunkte von der Tagesordnung zu nehmen:

- 6.1 Verteilung der Regionalisierungsmittel des Landes Sachsen-Anhalt gemäß § 8 ÖPNV – Gesetz des Landes Sachsen-Anhalt für die HAVAG für das Jahr 2016, die Mittel für den Ausgleich verbundbedingter Belastungen und die Verteilung der Mittel nach § 9 ÖPNV
Vorlage: VI/2015/01122
- 6.2 Mitgliedschaft der Stadt Halle (Saale) im Klima-Bündnis Alianza del Clima/Climate Alliance e. V.- Beschluss zur Aufhebung der Kündigung der Mitgliedschaft im Klima-Bündnis Alianza del Clima / Climate Alliance e. V.
Vorlage: VI/2015/01208
- 6.3 Baubeschluss für das Bauvorhaben der Stadt Halle (Saale) - Zweiter Bauabschnitt Sanierung des ehemaligen Druckereigebäudes im Stadtmuseum, Große Märkerstraße 10
Vorlage: VI/2015/01066
- 6.4 Förderung des Halleschen Salinemuseum e.V. zum Betreiben des Technischen Halloren- und Salinemuseums Halle (Saale) ab dem 01.01.2016
Vorlage: VI/2015/01073
- 6.5 1. Änderung der Gründungsbegleitenden Vereinbarung zur Errichtung einer gemeinsamen Einrichtung nach § 44b SGB II n. F
Vorlage: VI/2015/00780
- 6.6 Jahresabschluss 2014 des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung (EfA)
Vorlage: VI/2015/01229
- 7.3 Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/ Die GRÜNEN sowie der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI zur Erarbeitung eines wohnungspolitischen Konzeptes für die Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2015/01235

- 7.4 Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI zur sozialen Wohnraumversorgung in der halleschen Innenstadt
Vorlage: VI/2015/00999
- 7.5 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erhebung einer Kulturförderabgabe im Gebiet der Stadt Halle
Vorlage: VI/2015/00801
- 7.5.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erhebung einer Kulturförderabgabe im Gebiet der Stadt Halle
Vorlage: VI/2015/00929
- 7.6 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Flächen am Sandanger als öffentliche Bolzplätze erhalten
Vorlage: VI/2015/01188
- 7.7 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu den Öffnungszeiten der Hallenbäder während der Sommerzeit
Vorlage: VI/2015/01189
- 7.8 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Einrichtung einer zentralen Vorhabenliste
Vorlage: VI/2015/01201

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand erteilte Herrn Krause das Wort.

Herr Krause bat darum, folgende Tagesordnungspunkte von der Tagesordnung zu nehmen:

- 7.1 Antrag der Fraktionen DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) und der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Bildung eines zeitweiligen Ausschusses
Vorlage: VI/2015/01279
- 7.2 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI zur Einrichtung eines Gremiums zur Flüchtlingssituation
Vorlage: VI/2015/01278

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor und **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** bat um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis zur geänderten Tagesordnung: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
- 2. Feststellung der Tagesordnung
- 3. Aktuelle Stunde „Diskussion zum aktuellen Zuzug von Geflüchteten nach Halle (Saale)“

4. Genehmigung der Niederschrift vom 21. Oktober 2015
5. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
6. Beschlussvorlagen
- 6.1 Verteilung der Regionalisierungsmittel des Landes Sachsen-Anhalt gemäß § 8 ÖPNV – Gesetz des Landes Sachsen-Anhalt für die HAVAG für das Jahr 2016, die Mittel für den Ausgleich verbundbedingter Belastungen und die Verteilung der Mittel nach § 9 ÖPNV
Vorlage: VI/2015/01122 **ABGESETZT**
- 6.2 Mitgliedschaft der Stadt Halle (Saale) im Klima-Bündnis Alianza del Clima/Climate Alliance e. V.- Beschluss zur Aufhebung der Kündigung der Mitgliedschaft im Klima-Bündnis Alianza del Clima/Climate Alliance e. V.
Vorlage: VI/2015/01208 **ABGESETZT**
- 6.3 Baubeschluss für das Bauvorhaben der Stadt Halle (Saale) - Zweiter Bauabschnitt Sanierung des ehemaligen Druckereigebäudes im Stadtmuseum, Große Märkerstraße 10
Vorlage: VI/2015/01066 **ABGESETZT**
6. Förderung des Halleschen Salinemuseum e.V. zum Betreiben des Technischen Halloren- und Salinemuseums Halle (Saale) ab dem 01.01.2016
Vorlage: VI/2015/01073 **ABGESETZT**
- 6.5 1. Änderung der Gründungsbegleitenden Vereinbarung zur Errichtung einer gemeinsamen Einrichtung nach § 44b SGB II n. F
Vorlage: VI/2015/00780 **ZURÜCKGEZOGEN**
- 6.6 Jahresabschluss 2014 des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung (EfA)
Vorlage: VI/2015/01229 **ABGESETZT**
7. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 7.1 Antrag der Fraktionen DIE LINKE/ Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) und der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Bildung eines zeitweiligen Ausschusses
Vorlage: VI/2015/01279 **VERTAGT**
- 7.2 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI zur Einrichtung eines Gremiums zur Flüchtlingssituation
Vorlage: VI/2015/01278 **VERTAGT**
- 7.3 Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/ Die GRÜNEN sowie der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI zur Erarbeitung eines wohnungspolitischen Konzeptes für die Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2015/01235 **ABGESETZT**
- 7.4 Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI zur sozialen Wohnraumversorgung in der halleschen Innenstadt
Vorlage: VI/2015/00999 **ABGESETZT**
- 7.5 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erhebung einer Kulturförderabgabe im Gebiet der Stadt Halle
Vorlage: VI/2015/00801 **VERTAGT**

- 7.5.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erhebung einer Kulturförderabgabe im Gebiet der Stadt Halle
Vorlage: VI/2015/00929 **VERTAGT**
- 7.6 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Flächen am Sandanger als öffentliche Bolzplätze erhalten
Vorlage: VI/2015/01188 **VERTAGT**
- 7.7 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu den Öffnungszeiten der Hallenbäder während der Sommerzeit
Vorlage: VI/2015/01189 **VERTAGT**
- 7.8 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Einrichtung einer zentralen Vorhabenliste
Vorlage: VI/2015/01201 **ABGESETZT**
8. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
9. Mitteilungen
- 9.1 Namensfindung für ein Stadtviertel nördlich der Altstadt und Aufnahme weiterer innerstädtischer Gebietsnamen in den Amtlichen Stadtplan der Stadt Halle (Saale),
Vorlagen-Nummer: V/2013/11461
Vorlage: VI/2015/01023
10. Beantwortung von mündlichen Anfragen
11. Anregungen

zu 3 Aktuelle Stunde „Diskussion zum aktuellen Zuzug von Geflüchteten nach Halle (Saale)“

Zunächst informierte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** die Mitglieder des Hauptausschusses über die aktuelle Situation von Geflüchteten in Halle (Saale). Und führte folgende Angaben, mit Stand 16. November 2015, auf:

- 2.549 Flüchtlinge in Halle (Saale)
 - 449 ausgestellte Duldungen
 - 408 humanitäre Aufenthaltstitel
 - 559 Flüchtlinge im ehemaligen Maritim Hotel
 - 77 Flüchtlinge befinden sich in der Außenstelle Sport Dölauer Straße
 - 57 Flüchtlinge befinden sich in der Außenstelle Jugendherberge August-Bebel-Straße
 - 63 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge

Gesamtzahl von 4.162 Flüchtlingen

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte weiter, dass in dieser Woche 170 Flüchtlinge der Stadt Halle (Saale) zugewiesen wurden. Weiterhin konnten 50 Flüchtlinge in dezentrale Wohnungen umziehen.

Frau Bergmann, Polizeipräsidentin PD LSA Süd, informierte die Mitglieder des Hauptausschusses, dass aufgrund der am vergangenen Wochenende in Paris stattgefundenen Ereignisse und der gestrigen die Bewertung der Gefährdungssituation insgesamt höher eingestuft wurde, es aber hinsichtlich der konkreten Lage der Stadt Halle (Saale) keine Veränderungen gibt. Sie fügte hinzu, dass im Land Sachsen-Anhalt schon seit einem längeren Zeitraum mit einer abstrakt hohen Gefährdungssituation umzugehen ist.

Die derzeitige Prioritätensetzung bleibt auch nach den vergangenen Ereignissen unverändert:

1. Schutz der zu uns kommenden Flüchtlinge
2. Absicherung des Versammlungs- und Einsatzgeschehens im Zusammenhang mit der Diskussion zu dem Flüchtlingszuspruch
3. Kriminalitätsslage in der Stadt Halle (Saale)

Frau Bergmann führte aus, dass die Kriminalitätsentwicklung in der Stadt Halle (Saale) unverändert ist. Das heißt, dass kein überprozentualer Anstieg von Straftaten vorliegt. Seit Beginn des Jahres ist ein Zuwachs an Straftaten insgesamt zu verzeichnen, welcher jedoch nicht im Zusammenhang mit dem aktuellen Flüchtlingsgeschehen zu betrachten ist, sondern vielmehr auf die Drogenproblematik zurückzuführen ist.

Aus diesem Grund wird in Teilen des Riebeckplatzes auf die Videoüberwachung zurückgegriffen.

Herr Krause, SPD-Fraktion, sagte, dass die Polizei in diesen Tagen stärker gefordert ist und fragte Frau Bergmann, ob eine Entspannung für die Kollegen in Bezug auf die Überstunden in Sicht ist oder ob mit einer anhaltenden Anspannung zu rechnen ist. Weiterhin fragte er, ob eine Absicherung bspw. von Großveranstaltungen überhaupt noch gewährleistet werden kann.

Frau Bergmann informierte, dass die aktuellen Aufgabenstellungen für die Polizei sehr anspruchsvoll sind. Im September waren noch 90 der beschäftigten Einheiten mit zusätzlichen Aufgaben, wie Versammlungsgeschehen und Objektschutz befasst, im Oktober ist diese Anzahl auf 150 Einheiten gestiegen. Von der eingangs beschriebenen Prioritätensetzung wird dennoch nicht abgewichen, so dass bei bestimmten Sachverhalten, wie Verkehrsunfälle oder ruhestörender Lärm mit längeren Wartezeiten zu rechnen ist.

Herr Dr. Liedtke, Chefarzt Krankenhaus St. Elisabeth und St. Barbara, bedankte sich zu Beginn seiner Ausführungen beim Oberbürgermeister Dr. Wiegand für die Zusammenarbeit und erklärte den Mitgliedern des Hauptausschusses, dass seit Anfang Oktober Mitarbeiter des St. Elisabeth Krankenhauses im ehemaligen Maritim Hotel im Einsatz sind. Derzeit finden jedoch im großen Festsaal des ehemaligen Hotels größere Baumaßnahmen für die Herrichtung von vier Behandlungs- und Untersuchungseinrichtungen mit entsprechenden Umkleidekabinen statt, so dass die zu untersuchenden Flüchtlinge im St. Elisabeth Krankenhaus behandelt werden.

Hoheitliche Aufgabe, nach Asylverfahrensgesetz ist es, die Erstuntersuchung durchzuführen, welches sich im Wesentlichen auf das Erkennen und Behandeln von übertragbaren Erkrankungen beschränkt.

Herr Dr. Liedtke informierte, dass bislang keine Auffälligkeiten festgestellt wurden. Der Malteser Hilfsdienst e. V. leistet den Sanitätsdienst ab und ist gemeinsam mit dem Team des Krankenhauses durch die „Chaosphase“ gegangen. Auch wenn die Baumaßnahmen noch nicht abgeschlossen sind, stellte **Herr Dr. Liedtke** fest, dass mittlerweile die Kommunikation funktioniert und eine geordnete Behandlungsabfolge möglich ist.

Herr Dr. Liedtke erklärte weiter, dass alle 1.378 Flüchtlinge, wovon 377 unter 16 Jahren waren, geimpft wurden. Unbegleitete Minderjährige erhalten sofort einen Vormund und werden dann im Beisein des Vormundes im Krankenhaus untersucht und geimpft. Problematisch ist die ambulante Versorgung, da die Arztpraxen keine Dolmetscherleistung in Anspruch nehmen können. Es besteht daher nur die Möglichkeit, dass eine zusätzliche Arztpraxis für Kinderheilkunde eingerichtet wird, in der Kollegen behandeln, die die erforderlichen Sprach- und Fachkenntnisse besitzen. Aus Sicht von **Herrn Dr. Liedtke** können so, neben dem gesamten medizinischen Aufwand, auch die Kosten deutlich geringer gehalten werden. Der Betrieb des medizinischen Zentrums für die Erstuntersuchung kann ab 14.12.2015 beginnen.

Herr Paulsen, Grundsatzreferent, informierte, dass das Land die Aufgaben verteilt und entsprechend vertraglich geregelt hat. Das bedeutet, dass die Stadt Halle (Saale) für die Erstuntersuchung der Flüchtlinge zuständig ist. Alle weiteren medizinischen Versorgung werden durch die Malteser gewährleistet. Es wurde sich mit dem Malteser Hilfsdienst daraufhin verständigt, dass durch Frau Dr. Gröger, Fachbereichsleiterin Gesundheit, ein Gespräch mit den Krankenhaus stattfinden wird, wonach im Nachgang eine Lösung für den explizit formulierten Bedarf medizinischer Versorgung zu finden ist. Die Flüchtlinge, die in der Landesaufnahmeeinrichtung sind, fallen, hinsichtlich der Gesundheitsversorgung, nicht mehr in die Zuständigkeit der Stadt Halle (Saale). Insbesondere die hierfür entstehenden Kosten werden durch das Land Sachsen-Anhalt getragen. Wir sind tätig in einer Landeseinrichtung. Das Land hat die Aufgaben verteilt und vertraglich geregelt. Die Stadt ist für die Erstuntersuchung zuständig. Was nicht Erstuntersuchungen betrifft, läuft über die Malteser.

Frau Dr. Bock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bat um Bestätigung, dass es hinsichtlich ansteckender Krankheiten keine Bedenken gibt. Weiterhin fragte sie nach der Betreuung der traumatisierten Flüchtlinge.

Herr Dr. Liedtke erklärte, dass bei keinem der 1.378 Flüchtlingen Tuberkulose nachgewiesen werden konnte, drei Fälle müssen jedoch nachuntersucht werden. Er fügte hinzu, dass die Häufigkeit der Tuberkulose bei Migranten um 10% höher liegt als bei der einheimischen Bevölkerung. Die Gefahrenlage für die Bürger der Stadt Halle (Saale) ist keinesfalls erhöht. Das Robert-Koch Institut hat Anfang Oktober klargestellt, dass bezüglich Infektionen, die Flüchtlinge eher gefährdet als gefährlich sind, weil insbesondere die Kinder keinen Impfschutz haben.

Die häufigsten Diagnosen bei der Erstuntersuchung sind psychische und psychosomatische Störungen. Dies in individuellen Sitzungen zu behandeln ist unmöglich. Die hierfür erforderliche Kapazität an Psychotherapeuten gibt es in Halle nicht, von der sprachlichen Situation ganz abgesehen. Mit den längerfristigen Folgen, besonders bei den Kindern, kann man sich erst auseinandersetzen, wenn sie in den Kommunen angekommen sind.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM, fragte, ob seitens des St. Elisabeth Krankenhauses bereits Vorgespräche mit der Zentralen Aufnahmestelle in Trotha geführt werden.

Herr Dr. Liedtke erklärte, dass das St. Elisabeth Krankenhaus bereit steht und es keinen Unterschied macht, ob 1.378 Flüchtlinge oder 2.000 Flüchtlinge untersucht werden müssen. Durch die entstehenden Untersuchungsräume im ehemaligen Maritim Hotel ist man in der Lage den Erfordernissen der Erstuntersuchung gerecht zu werden.

Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE, zunächst bedankte er sich bei Herrn Dr. Liedtke und seinen Mitarbeitern für das Engagement fragte ihn, welche Möglichkeit die Stadt Halle (Saale) hat, das Krankenhaus hinsichtlich der ambulanten Arztpraxis zu unterstützen.

Hierzu sagte **Herr Dr. Liedtke**, dass die Stadt Halle (Saale) keineswegs die Kosten dafür tragen soll, vielmehr soll durch Moderation und Vortragen des Gedankens Unterstützung geleistet werden.

Herr Dr. Meerheim fragte weiter, wie die Beschulung der Kinder stattfindet und ob es sich hierbei um eine Selbstorganisation handelt.

Herr Paulsen sagte, dass hierzu nochmals Gespräche mit dem Land Sachsen-Anhalt und den Malteser Hilfsdienst e. V. geführt werden müssen.

Frau Dr. Brock fragte, ob es Strategien gibt, die mittelfristig Personal für traumatisierte Kinder und Erwachsene vorsehen. Sie bat weiterhin um Einschätzung der Bedeutung für die Lebensbewältigung.

Herr Dr. Liedtke erklärte, dass keine Kapazitäten vorhanden sind, um mit der Masse der Flüchtlinge mit solchen Störungen klar zu kommen. Nur in Einzelfällen kann von der Gruppenarbeit abgewichen und eine gesonderte Therapie ermöglicht werden. Generell muss eine breite Forschungstätigkeit begonnen werden, da es noch keinen Ansatz gibt diese Störungen zu heilen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand stellte klar, dass der Heilungsprozess auch von den Bearbeitungszeiten des Antrages in der Länge der Verfahren abhängig ist.

Frau Tiedemann, Malteser Hilfsdienst e. V., informierte, dass seit Oktober 2015 durch den Malteser Hilfsdienst e. V. die Aufnahmeeinrichtung im ehemaligen Maritim Hotel betrieben wird. Hierfür war eine Aufstockung des Personals erforderlich, darüber hinaus waren bis zu 40 ehrenamtliche Helfer im Einsatz.

Seitens der Stadt Halle (Saale) wurde positives Engagement entgegengebracht, so dass unter anderem auch eine Evakuierungsübung erfolgreich durchgeführt werden konnte.

Durch den Malteser Hilfsdienst e. V. wurde ein 24-Stunden Sanitätsdienst eingerichtet, doch auch Frau Tiedemann sieht die ambulante Versorgung der Flüchtlinge als großes Problem an. Als äußerst positiv sieht sie in der aktuellen Situation, die Resonanz der Bürgerinnen und Bürger der Stadt Halle (Saale) in Bezug auf Spenden und ehrenamtlichen Hilfen. Wenige Beschwerden konnten schnell mittels vernünftigen Dialogs geklärt werden.

Frau Dr. Brock fragte nach, ob die Alltagsgestaltung für die Flüchtlinge verbessert werden könnte.

Frau Tiedemann führte aus, dass an den Nachmittagen eine Kinderspielstunde stattfindet und abends werden Filme gezeigt oder Feierlichkeiten organisiert. Im Haus selbst gibt es wenige Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung, so dass viele Angebote die nähere Umgebung einbeziehen, wie beispielsweise Stadtführungen. Außerdem wird es zeitnah ein Sportangebot in den Franckeschen Stiftungen sowie eine Kooperation mit dem Elisabeth-Gymnasium geben.

In diesem Zusammenhang rief **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** alle Organisationen und Vereine im Rahmen ihrer Tätigkeiten dazu auf, Unterstützung zu leisten.

Frau Brederlow, Leiterin Fachbereich Bildung, sagte, dass es zum 1. November 2015 eine Gesetzesänderung zum SGB XIII gab. Diese Änderung war eigentlich erst für das Jahr 2016 geplant, doch die aktuelle Situation bedurfte einer schnelleren Lösung. Es handelt sich

hierbei um das Thema der unbegleiteten Minderjährigen. Bislang war dasjenige Jugendamt für die Minderjährigen zuständig, in dessen Zuständigkeitsbereich sie aufgegriffen wurden.

Es soll nun eine gerechtere Umverteilung der Minderjährigen stattfinden. **Frau Brederlow** erklärte, dass alle Bundesländer verpflichtet sind Kinder und Jugendliche, entsprechend dem Königssteiner Schlüssel, aufzunehmen.

Frau Brederlow informierte, dass seit 31. August sich diese Fälle drastisch erhöhten. Es wurden bis zur Gesetzesänderung 39 Minderjährige der Stadt Halle (Saale) zugewiesen bekommen, generell hat das Land Sachsen-Anhalt mit einer Aufnahmequote von 1.000 gerechnet, doch diese wurde bereits im November, hochgerechnet auf das gesamte Jahr, erreicht.

Entsprechend dem Königssteiner Schlüssel muss nun die Stadt Halle (Saale) 95 minderjährige Flüchtlinge aufnehmen, aktuell wurden 68 unbegleitete Minderjährige zugewiesen.

Die Gesetzesänderung brachte den § 42a neu hervor. Dieser thematisiert die gesonderte Inobhutnahme für unbegleitete minderjährige Ausländer. Es geht hier insbesondere darum, eine schnelle Altersklärung herbeizuführen, ebenso um die Erstuntersuchung sowie Bestellung der Vormundschaft. Weiterhin beinhaltet die Gesetzesänderung die Prüfung nach Familienangehörigen in Deutschland.

Während der ersten vier Wochen erfolgt die Klärung der vorgenannten Dinge, in diesem Zeitraum ist eine Schulpflicht nicht gegeben. Derzeit ist es möglich die Aufträge in dem Zeitraum von vier Wochen abzurufen. **Frau Brederlow** wies jedoch darauf hin, dass mit einer steigenden Anzahl, insbesondere minderjähriger Flüchtlinge, zu rechnen ist, so dass die Bearbeitung deutlich mehr Zeit in Anspruch nehmen wird. Weiterhin werden die bisherigen Kapazitäten zur Unterbringung für die vorwiegenden Jugendlichen, nicht mehr ausreichen.

Derzeit werden mit verschiedenen Trägern Plätze aufgebaut aber es gibt auch Angebote von Familien mit Migrationshintergrund, die einen unbegleitenden Minderjährigen aufnehmen würden. Das hierfür erforderliche Pflegschaftsverfahren wird durch den Fachbereich erneut geprüft, um so das angestrebte vereinfachte Pflegschaftsverfahren anwenden zu können.

Das Familiengericht bestimmt zurzeit innerhalb von zwei Wochen über die Vormundschaft. Über den Kinderbeauftragten des Landes Sachsen-Anhalt werden derzeit neue Vormünder beworben.

Frau Dr. Brock fragte nach der derzeitigen angewandten Verfahren zur Altersfeststellung bei minderjährigen Flüchtlingen.

Frau Brederlow erklärte, dass es drei hierfür spezialisierte Mitarbeiter des Allgemeinen Sozialen Dienstes gibt. Zwei Mitarbeiter führen mit den unbegleitenden Minderjährigen ein 6-Augen-Gespräche, wobei im Anschluss daran das Alter festgelegt wird. Die Gesprächsdauer beläuft sich auf etwa zwei Stunden.

Herr Dr. Meerheim fragte, mit wie vielen Kindern im Jahr 2016 im Familienbereich gerechnet wird.

Hierzu sagte **Frau Brederlow**, dass davon auszugehen ist, dass die Krippen aus kulturellen Gründen wenig genutzt werden, aber 50% der Kinder einen Platz in Kindertageseinrichtungen in Anspruch nehmen werden. In den Schulen wurden bereits 200 Minderjährige aufgenommen, wobei hier der Schwerpunkt im Grundschulbereich liegt. Sie

fügte hinzu, dass mit dem Landesschulamt bereits Gespräche geführt werden, da die Kapazitäten, besonders an den Grundschulen, die unterkunftsnah sind, erschöpft sind.

Frau Dr. Bergner, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, sagte, dass die unbegleiteten Minderjährigen zumeist ohne Papiere kommen und fragte in diesem Zusammenhang, ob nachzuweisen ist, aus welchen Ländern sie vorzugsweise kommen. Weiterhin fragte sie, an welchen Schulen Integrationsklassen bereits bestehen.

Frau Brederlow informierte, dass Integrationsklassen in den Sekundarschulen, Gemeinschaftsschulen, Gesamtschulen sowie in den Grundschulen von Halle-Neustadt vorhanden sind. Weiterhin wird in der berufsbildenden Schule in Halle-Neustadt ebenfalls eine Klasse integriert. Auf die Frage nach den Ursprungsländern der unbegleitenden Minderjährigen sagte sie, dass diese hauptsächlich aus Syrien und Afghanistan kommen, welches über die Sprache ermittelt wird.

Frau Nagel, Fraktion DIE LINKE, fragte, ob es möglich ist, die unbegleitenden minderjährigen Flüchtlinge nach Geschlecht zu unterteilen und wenn dies möglich ist, wieviel davon Mädchen sind.

Frau Brederlow informierte, dass es bei den 68 minderjährigen Flüchtlingen ausschließlich um Jungen handelt.

Herr Paulsen sagte zu, dass bei zukünftigen Darstellungen eine Geschlechterunterteilung vorgenommen wird.

Herr Krause, SPD-Stadtratsfraktion, fragte nach der Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass die Möglichkeit auf Erweiterung besteht und es bereits vier Zusagen von Mitarbeitern vorliegen, die dies unterstützen.

Es wird eine zweiwöchige Unterweisung in Halberstadt stattfinden und im Anschluss daran werden sie im ehemaligen Maritim Hotel eingesetzt. Die Vergütung wird durch das Bundesamt für Migration und Integration sichergestellt. Das Asylverfahren wird dann im Hinblick auf das Anlegen der Vorakte begleitet.

Auf Nachfrage von **Herrn Krause**, ob dieses Vorhaben auch für die Zentrale Anlaufstelle in Trotha möglich ist, erklärte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**, dass dies zunächst für das ehemalige Maritim Hotel möglich ist. Die Entscheidung bezüglich der Anlaufstelle in Trotha ist zwar gefallen, doch bislang wurden noch keine Verträge geschlossen.

Erst wenn die Unterschriften gesetzt sind, werden die nächsten Schritte überlegt.

Herr Dr. Meerheim wies darauf hin, dass in der vergangenen Woche eine Veranstaltung mit vielen ehrenamtlichen Helfern stattgefunden hat und dabei Hinweise aufkamen, dass eine stärkere Koordinierung untereinander erfolgen müsse. Er fragte, ob die Stadt Halle (Saale) diese Koordinierung der Aktivitäten übernehmen kann.

Herr Paulsen informierte, dass die Netzwerkkoordination gestärkt werden soll. Derzeit läuft ein Ausschreibungsverfahren, im Anschluss daran werden die Unterlagen gesichtet und dem Land Sachsen-Anhalt die gewünschte Stellenbesetzung mitgeteilt. Im Folgenden wird dann eine Person da sein, die dahingehend unterstützend tätig werden kann. Im Rahmen der Möglichkeiten wird die Stadt Halle (Saale) jedoch weiterhin koordinierend tätig werden.

Frau Ernst, Büroleiterin OB-Büro, informierte die Mitglieder des Hauptausschusses, dass auf der städtischen Internetseite verschiedene Angebote präsentiert werden, um so die Kommunikation zu erleichtern. Zudem gibt es im Amtsblatt eine fortlaufende Berichterstattung.

Es lagen keine weiteren Wortmeldungen vor.

zu 4 Genehmigung der Niederschrift vom 21. Oktober 2015

Es gab keine Einwände gegen die Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 21.10.2015.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

zu 5 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand informierte darüber, dass in der nicht öffentlichen Hauptausschusssitzung am 21.10.2015 nachfolgender Beschluss gefasst wurde:

Beschluss:

Der Hauptausschuss der Stadt Halle (Saale) beschließt im Einvernehmen mit dem Oberbürgermeister, als Leiterin des Fachbereiches **Verwaltungsmanagement**

Frau
Christine Hahnemann
zum nächstmöglichen Zeitpunkt zu ernennen.

zu 6 Beschlussvorlagen

Es lagen keine Beschlussvorlagen vor.

zu 7 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine Anträge von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 8 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 9 Mitteilungen

**zu 9.1 Namensfindung für ein Stadtviertel nördlich der Altstadt und Aufnahme weiterer innerstädtischer Gebietsnamen in den Amtlichen Stadtplan der Stadt Halle (Saale), Vorlagen-Nummer: V/2013/11461
Vorlage: VI/2015/01023**

Die Informationsvorlage wurde von den Mitgliedern des Hauptausschusses zur Kenntnis genommen.

Die Ergebnisse der Bürgerbeteiligung zur Namensfindung für das Gebiet nördlich der Altstadt in den Begrenzungen Geiststraße, Universitätsring, Joliot-Curie-Platz, Große Steinstraße, Steintor, Ludwig-Wucherer-Straße, Reileck und Bernburger Straße sowie zur Aufnahme weiterer innerstädtischer Gebietsnamen in den Amtlichen Stadtplan der Stadt Halle (Saale) werden zur Kenntnis genommen. Ebenso die hierzu von der Verwaltung vorgenommenen Bewertungen und Empfehlungen.

zu 10 Beantwortung von mündlichen Anfragen

zu 10.1 mdl. Anfrage Frau Haupt, Fraktion DIE LINKE im Stadtrat, zum Tag der offenen Tür

Frau Haupt fragte nach dem Termin für den Neujahrsempfang bzw. dem Tag der offenen Tür.

Frau Ernst, Büroleiterin, teilte mit, dass der Neujahrsempfang als Tag der offenen Tür am 09. Januar 2016 ab ca. 16 oder 17 Uhr stattfinden wird. Der Tag werde unter dem Motto „Film- und Fernsehstandort Halle“ stehen. Für Fragen zum Thema beziehungsweise zur Umsetzung von Ideen steht Frau Ernst für die Fraktionen als Ansprechpartner zur Verfügung.

zu 10.2 mdl. Anfrage Frau Dr. Bergner, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, zur Sitzungsplanung von Ausschüssen

Frau Dr. Bergner informierte darüber, dass durch die Mitglieder ihrer Fraktion festgestellt wurde, dass bei der Sitzungsplanung für das Jahr 2016 verschiedene Ausschüsse an gleichen Tagen geplant seien.

In diesem Zusammenhang fragte sie nach der aktuellen Verfahrensweise bei der Sitzungsplanung für die Ausschüsse.

Durch **Herrn Paulsen, Grundsatzreferent**, wurde darauf hingewiesen, dass es das gleiche Verfahren wie im letzten Jahr gegeben habe. Die Vielzahl der Ausschüsse müsse im Monat auf die Tage Dienstag, Mittwoch und Donnerstag verteilt werden. Man habe in der Planung auch versucht, möglichst wenige Überschneidungen für die Ausschussmitglieder zu erreichen.

Die Sitzungsplanung wurde mit dem Stadtratsvorsitzenden abgestimmt und stellt die optimalste Umsetzungsvariante dar.

zu 10.3 mdl. Anfrage Frau Haupt, Fraktion DIE LINKE im Stadtrat, zum Zentrum für Zirkus und bewegtes Lernen

Frau Haupt fragte nach dem aktuellen Stand der Standortprüfung für das Zentrum für Zirkus und bewegtes Lernen während der Bauzeit am Steintor.

Des Weiteren bat sie um eine Information, in wie weit der aktuelle Standort am Rossplatz, trotz der Baustelle am Steintor, weiter genutzt werden kann.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, teilte mit, dass durch die Überprüfung der Baustellen am Steintor festgestellt wurde, dass es für den aktuellen Standort keine Einschränkungen aufgrund der Baustellen der HAVAG gäbe.

Zusammen mit dem Geschäftsbereich Kultur und Sport habe es Diskussionen zu möglichen wetterfesten Standorten gegeben, welche bisher zu keinem Ergebnis führten. Aufgrund eines Antrages vom Zirkus Klatschmohn zur Nutzung des Standortes Rossplatz für weitere fünf Jahre wurde verabredet, ein mögliches Gebäude zu prüfen, welches zur Verfügung gestellt werden könnte.

Beim Rossplatz handelt es sich um eine öffentliche Grünfläche, welche nicht bebaut werden kann. Die Aufstellung eines Zeltes für fünf Jahre würde einen Bauantrag notwendig machen. Wenn es zur Baugenehmigung käme, müsste die gesamte Infrastruktur vor Ort geklärt werden.

Mit dem Antragsteller wurde auch die Aufstellung einer Modellrechnung verabredet, um die anfallenden Nutzungsgebühren für die Grünfläche darzustellen. Ein weiterer Gesprächstermin mit dem Antragsteller sei in diesem Jahr schon verabredet.

Sollte bis zum Frühjahr kein anderer geeigneter Standort gefunden werden, habe man sich darüber abgestimmt, eine Einjahresgenehmigung für den Rossplatz zu erteilen.

Durch **Frau Haupt** wurde darauf hingewiesen, dass die Einjahresgenehmigung hohe Kosten für den Verein verursachen würde. Sie bat deshalb um Prüfung einer Alternative und im Interesse des Vereins um den Vorschlag einer längerfristigen Variante.

Herr Beigeordneter Stäglin verwies abschließend auf die nächsten Gespräche und die Klärung verschiedener Aspekte, wie die Modellrechnung und Kalkulation der Nutzungsgebühren.

zu 10.4 mdl. Anfrage Herr Scholtyssek, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, zur Verabschiedung des Beigeordneten für Bildung und Soziales

Herr Scholtyssek zeigte sich verwundert über die Einladung des Beigeordneten für Bildung und Soziales zu seiner eigenen Verabschiedung. Seiner Ansicht nach hätte der Oberbürgermeister zur Verabschiedung einladen müssen.

Er fragte nach, weshalb die Einladung nicht durch den Oberbürgermeister erfolgte.

Von **Frau Ernst, Büroleiterin**, wurde mitgeteilt, dass eine Abstimmung mit Herrn Kogge dahingehend erfolgte, dass er die Möglichkeit habe, direkt an die Einladenden heranzutreten. Dazu habe es Einvernehmen gegeben.

zu 10.5 mdl. Anfrage Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zum Bundesprogramm "Sanierung kommunaler Einrichtungen im Bereich Sport, Jugend und Kultur"

Bezugnehmend auf das Bundesprogramm "Sanierung kommunaler Einrichtungen im Bereich Sport, Jugend und Kultur" fragte **Frau Dr. Brock** an, ob die Verwaltung eine Beteiligung geprüft hat, beziehungsweise ob eine Förderung über das Programm beabsichtigt ist.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, informierte darüber, dass die Verwaltung die Information über den Deutschen Städtetag bekommen habe. Im Geschäftsbereich Kultur und Sport wurde das Programm für eigene Einrichtungen und auch durch freie Träger geprüft. Man sei aber daran gescheitert, dass laut der Prüfung die Stadt Halle nicht als finanziell notleidende Kommune gelte und deshalb eine 45%ige Förderung zu 55 % aus dem Bundesprogramm notwendig ist. Eigenmittel ständen jedoch nicht zur Verfügung.

Das im Stadtgebiet Silberhöhe diskutierte Projekt hätte auch noch viel Überzeugungsarbeit auf Landesebene erfordert, weil es nicht originär um die Ertüchtigung einer bestehenden Baulichkeit, sondern um eine Kombination mit Ersatzneubau gegangen wäre.

Mangels der entsprechenden Eigenmittel und auf Grund der sehr knappen Zeit wurde von der Einreichung eines Projektes Abstand genommen.

zu 11 Anregungen

zu 11.1 Anregung von Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zu Hinweisen von Krankheiten

Frau Dr. Brock regte an, die Bevölkerung über mögliche Krankheiten beziehungsweise den Gesundheitszustand der Flüchtlinge über die Presse zu informieren.

Frau Ernst, Büroleiterin, verwies darauf, dass das Thema durch die Verwaltung fortlaufend begleitet wird und im Amtsblatt die unterschiedlichen Aspekte dazu thematisiert werden.

Es lagen keine weiteren Anregungen vor und **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** beendete den öffentlichen Teil der 14. Hauptausschusssitzung.

Dr. Bernd Wiegand
Oberbürgermeisterin

Maik Stehle
Protokollführer